Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 Fernsprecher Amt I Nr. 1713.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰. — Tabellarischer und Ziffernsatz werden entsprechend höher berechnet. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. E., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 628. Sonnabend den 10. Dezember 1904. 98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser empfing gestern vormittag die Mitglieder der demnächst nach Abessynien gehenden Gesandtschaft. (S. Dtsch. Reich.)

* Das preußische Abgeordnetenhaus wird sich heute mit der Interpellation über den Königsberger Geheimbundprozeß beschäftigen und dann in die Ferien gehen. (S. Berichte.)

* Im österreichischen Abgeordnetenhaus fragten die Deutschen an, ob dem Widerstreben Ungarns die Regierung geneigt sei, im Interesse des Zustandekommens eines günstigen Handelsvertrages mit Deutschland ein besonderes Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Deutschland abzuschließen. (S. Ausland.)

* Die gestern vorgenommene Obduktion der Leiche Syvetons ergab Vergiftung durch Kohlenoxydgas. (S. Ausland.)

* Nachdem fast das ganze russische Geschwader zerstört ist, wollen die Japaner den Rückzug Stössels nach der Liao-Halbinsel hindern. Die Minierarbeiten nähern sich der Vollendung. Der Widerstand der Russen hat an Energie verloren. (S. russ.-jap. Krieg.)

Aus dem Berliner Stadtparlament.

(Von unserem Korrespondenten.)

Berlin, 9. Dezember.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ging es gestern heiß her. Freilich kann man das nur sagen, wenn man bescheidene Ansprüche an parlamentarischen Radau stellt. Grobheiten wurde nicht und geschossen auch nicht, und Herr Bielohlawek und seine „Greisler" würden verächtlich lächeln, wenn sie von diesem „großen Tage" lösen. Der städtische Parlamentarismus steht in Berlin, was gute Formen anbetrifft, auf einer ziemlich hohen Stufe. Aber die Erregung war darum gestern nicht minder groß, wenn sie sich auch nicht in „Schall und Rauch" äußern.

Die Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, der Magistrat möge Schritte „ergreifen" (Genossen veredeln eben alles, auch die Sprache!), „um die Beschränkung des gesetzlich gewährleisteten Rechtes der Einwohner auf Benutzung der Straßen und Plätze durch Polizeiorgane für die Zukunft zu hindern und die Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt in die Wege zu leiten." Es bedarf keiner Darlegung, daß der Antrag keine praktischen Folgen haben konnte, er war eine Demonstration, weiter nichts. Nun gibt es ja politische Situationen, in denen Demonstrationen ihren Wert haben, indessen davon konnte für die nichtsozialdemokratischen Mitglieder der Versammlung nicht die Rede sein. Das Schicksal der sozialdemokratischen Streikposten interessiert den Freisinn nicht übermäßig. Diese Stimmung dokumentierte sich darin, daß der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Langerhans zu Beginn der Sitzung beantragte, über den sozialdemokratischen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. Das war nun aber wieder zu viel des Guten: Langerhans, der Barrikadenkämpfer des tollen Jahres, über Nacht „noch oberpräsidialer als der Oberpräsident" geworden! Das rief Schmerz und Entrüstung hervor, und fast wäre es zu einer Langerhans-Krise gekommen — denn der alte Herr gab sehr deutlich zu erkennen, daß er kein Kleber sei —, wenn die Versammlung nicht auf das Auskunftsmittel verfallen wäre, die Debatte auf acht Tage zu vertagen. Inzwischen dürfte der Oberpräsident so liebenswürdig sein, von seinem Aufsichtsrecht Gebrauch zu machen und die Diskussion des Antrages zu verbieten, und dann bleibt Herr Dr. Langerhans der Stadt und dem von seiner loyalen Gesinnung freudig überraschten Staate erhalten.

In der Sache selbst hatte er unseres Erachtens recht. Der § 35 der Städteordnung begrenzt das Verhandlungsgebiet der kommunalen Versammlungen. Die Versuche, diese Begrenzung zu durchbrechen, sind wiederholt von der Regierung zurückgewiesen worden, dabei ist aber der verständige Grundsatz aufgestellt worden, daß die Beratung der Gemeinde in solchen Fällen zu gestatten sei, wo ein Gegenstand von vitaler Wichtigkeit den Anlaß der Erörterung bilde. Selbstverständlich wird die Auffassung über den Begriff „vital" bei dem Staat und den Gemeinden nicht immer übereinstimmen. Indessen muß man auch zugeben, daß uferlose politische Kannegießerei in den Kommunalversammlungen nicht wünschenswert ist. Ließe man eine solche zu, so würde nur die Sozialdemokratie auf ihre Kosten kommen, weil es ihr nicht um nützliche Arbeit, sondern um Agitation zu tun ist. Dr. Langerhans hatte also recht und es war mutig, daß er den Vorwurf des „Byzantinismus" nicht scheute. Die Frage, ob Streikposten von der Polizei behelligt worden sind oder nicht, ist nicht von „vitaler" Bedeutung, wenn wir auch zugeben wollen, daß wir mit der geübten Praxis in dieser Beziehung durchaus nicht immer einverstanden sind. Die preußische Regierung aber wird anerkennen müssen, daß es sich mit der allergetreuesten demokratischen Opposition leben läßt.

Wo steckt die japanische Flotte.

Von Korvettenkapitän a. D. Graf Bernstorff.

Seit geraumer Zeit ist die Tätigkeit auf dem ostasiatischen Seekriegsschauplatz so gut wie erloschen. Weder die noch in Port Arthur resp. Wladiwostok, dem Tor des Westens, vorhandenen russischen Kriegsschiffe noch die japanische Flotte beteiligen sich am Kampf. Beide aus guten Gründen! Die Russen, weil sie es nicht für nötig erachten. Letztere werden in ganz anderer Weise beschäftigt sein, nämlich damit, ihre gesamte Seemacht für die bevorstehende Seeschlacht mit der herannahenden zweiten baltischen Flotte in Stand zu setzen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die japanischen Kriegsschiffe durch die langandauernde Blockade von Port Arthur und das Suchen nach dem Wladiwostok-Geschwader stark in Anspruch genommen sein müssen, sowohl in Bezug auf Bewachung des Schiffsbodens wie Abnutzung der Kessel und Maschinen, wozu als drittes noch der Verbrauch an Geschützmaterial und Munition tritt. Sie haben also alle Ursache, ihre Schiffe auf den Werften gründlich zu überholen, wie der technische Ausdruck für Instandsetzen lautet. Besonders werden sie bestrebt sein müssen, die Rohre der schweren Schiffsartillerie zu ergänzen, da deren Gebrauchsfähigkeit eine verhältnismäßig nur außerordentlich kurze Zeit dauert, wenn anders sich die Besatzung nicht der Gefahr des Rohrspringens aussetzen will. Allgemein wird angenommen, daß das Rohr eines schweren Revers, von 24 Zentimeter aufwärts, infolge der ungeheuren Beanspruchung durch den Druck der Pulvergase nicht mehr als hundert Schuß mit absoluter Sicherheit aushält. Der enorme Druck von mehreren tausend Atmosphären greift zwar dies Rohrmetall nur für die kurze Zeit von 1/300 Sekunde bei jedem Schuß an, doch genügt dies, um, wie gesagt, nach hundert Schuß die weitere Verwendung gefährlich erscheinen zu lassen und in Frage zu stellen. Ein witziger Kopf hat daher die Lebensdauer eines solchen Rohres nur auf ½ Sekunde berechnet.

Bei dem meisterhaften Verschleierungssystem, welches die Japaner in allen Fällen, die schwersten Verluste wie: „Katuji", „Fuji", „Yoshino" usw. ausgenommen, anwenden, ist es nicht bekannt, in wie weit die übrigen Schiffe noch völlig schlagfertig waren, dagegen ist als sicher anzunehmen, daß die letzten Monate dazu verwendet worden sind, dann mit aller Macht die Kriegsbereitschaft wieder herzustellen. Japan hat nicht umsonst seine vor dreißig Jahren überhaupt noch nicht vorhandenen Werften geschaffen. Die baltische Flotte wird also sicher mit allen Ehren empfangen werden, und es ist zu erwarten, daß der weitere Verlauf des Seekriegs die bisher noch ausstehende Seeschlacht großen Stils nachliefert. Die Frage, wo dieselbe stattfinden wird, muß offen bleiben.

Nach Angabe russischer Blätter hat die baltische Flotte Wladiwostok als Endziel vor Augen, da Port Arthur bis zu ihrem Eintreffen auf dem Kriegsschauplatz aller Wahrscheinlichkeit nach gefallen sein wird. Doch ob sie das Ziel tatsächlich erreichen wird, erscheint in Anbetracht der Verhältnisse zweifelhaft.

Vorausgesetzt, daß Port Arthur tatsächlich in japanischen Händen ist, bleibt den Russen kaum ein anderer Weg nach Wladiwostok als durch die Straße von Korea, denn es ist nicht anzunehmen, daß sie noch den weiten Umweg um Japan herum nach Norden wählen wird. Die Straße von Korea aber wird durch die Insel Iki Shima und die Doppelinsel Tsu Shima in drei Durchfahrten getrennt, ähnlich den beiden Belten und dem Sund zwischen Dänemark und Schweden. Die breitesten Fahrstraßen sind diejenige zwischen den erwähnten Inseln und die zwischen Tsu Shima und der Südspitze von Korea mit je etwa 30 Seemeilen. Hier wäre also für die Japaner ein vorzügliches Defilé geschaffen, zumal sie für ihre beschädigten Schiffe die heimischen Häfen in nächster Nähe haben, und hier dürfte dies Aufeinandertreffen der beiden Flotten zu erwarten sein.

Nähmen dagegen die Russen den weiteren Weg um Japan herum, um von Norden her Wladiwostok zu erreichen, so bleibt der japanischen Flotte nichts anderes übrig, als in diesem Hafen selbst Aufstellung zu nehmen und den Gegner zur Schlacht zu zwingen. Dann hätten die russischen Schiffe den Vorteil, sich, wenn auch vielleicht mit letzter Mühe, in den Schutz der sehr stark armierten Werke zu retten.

Ueber die Absichten der baltischen Flotte werden die Japaner sich durch auskundende Kreuzer und Torpedobootszerstörer von höchster Fahrtgeschwindigkeit frühzeitig genug unterrichten und durch drahtlose Telegraphie das Groß ihrer Flotte benachrichtigen können. Auf jeden Fall kann man dem Ausgang mit höchstem Interesse entgegensehen.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Ein historisches Aktenstück.

In der soeben eingetroffenen „Deutsch-Südwestafr. Ztg." veröffentlicht ein Ansiedler aus Windhuk die Abschrift eines geradezu historischen Dokuments vom Jahre 1896. Es lautet folgendermaßen:

„Euer Hochwohlgeboren gestatten sich die Unterzeichner ganz ergebenst folgendes zu unterbreiten: Nach Ansicht aller Unterzeichneten sind in der gestrigen politischen Versammlung die wahren Anschauungen der hiesigen weißen Bevölkerung in betreff der Kriegs- und Friedensfrage nicht genügend zum Ausdruck gelangt. Indem wir Bezug auf das in der Versammlung Erwähnte nehmen, gestatten wir uns noch folgendes auszusprechen:

Wir sind allesamt für die Friedenspolitik, die ja allein nur zu einer segensreichen Entwicklung unserer Kolonie beitragen kann. Aber sind wir mit unsern jetzigen Machtmitteln imstande, eine solche Politik durchzuführen? Dies ist wohl kaum der Fall. Alles bisher von der hiesigen Regierung Geleistete (wofür wir unsere volle Anerkennung zollen) ist doch nur insofern zustande gekommen, als nur mit möglichster Vorsicht, um ja keinen Anstoß bei den Eingeborenen zu erregen, vorgegangen werden konnte. Wozu liegt dies?

Die Kolonisationsaufgabe einer Regierung ist es, sich zur Herrin über die Eingeborenen zu machen. Dies kann sie aber nur erreichen, wenn ihr eine genügende Macht zur Verfügung steht; moralischer Einfluß allein ist nicht imstande, der schwarzen Rasse unsere Gesetze zu oktroyieren.

Die Stärke unserer Schutztruppe beläuft sich jetzt auf ungefähr 500 Mann. Davon ist mehr als die Hälfte auf den verschiedenen Stationen verteilt, welch letztere als Stützpunkte immer besetzt gehalten werden müssen und die bei Kriegszeiten eine Verstärkung verlangen. Nun ist es bei der fortgesetzten Einwanderung und bei der fortschreitenden Zivilisation unausbleiblich, daß es zu Reibereien zwischen den Weißen und Eingeborenen kommt. Diese Reibereien können zu politischen Schwierigkeiten führen und dadurch die Eingeborenen zu Widersetzlichkeiten und zuletzt zum offenen Aufstand reizen. Um nun Herren einer solchen Situation zu sein, bedarf es unbedingt einer starken Macht. Diese fehlt uns. Kenner der Landesverhältnisse schätzen die kriegsfähigen Herero auf ca. 20000 Köpfe, wovon der größte Teil mit guten, ja besten Hinterladern bewaffnet ist. Wie sollen wir mit unseren ca. 200 verfügbaren Mann der Schutztruppe einer solchen Macht gewachsen sein!

Seit letzter Zeit nehmen einige Stämme der Herero eine sehr drohende Haltung an. Wenn auch direkt die betreffenden Hererokapitäne vielleicht dieser Strömung nicht huldigen, so sind sie doch nicht in der Lage, ihre Leute im Zaume zu halten — dazu fehlts ihnen an Einfluß. Dieser Ausdruck der Unzufriedenheit unter den Eingeborenen läßt sich nur zurückführen auf unsere Schwäche. Ein kleiner Zwischenfall kann uns über Nacht den Krieg bringen, der uns in die denkbar ungünstigste Lage versetzen würde. Wir wissen, wir sind dann nicht imstande, einen Aufstand niederzuschlagen, der bei einem Mißerfolge unserer Waffen immer mehr und mehr an Ausdehnung gewinnen wird. Wir halten unsere Lage für eine sehr kritische, die friedliche Weiterentwickelung unserer Kolonie steht auf dem Spiele.

Auf Grund unserer im Vorhergehenden dargelegten Ansichten glauben wir berechtigt zu sein, Euer Hochwohlgeboren zu bitten, der Regierung zu Hause unsere Meinung sehr gefälligst zu unterbreiten und zu beantragen, daß die Schutztruppe so schnell wie möglich auf eine solche Stärke erhöht werde, wie sie nötig ist, um den jetzigen Schwierigkeiten zu begegnen, der friedlichen Weiterentwicklung im Lande die Wege zu ebnen und den deutschen Einfluß zur Geltung zu bringen." (Folgen 43 Unterschriften der bekanntesten Ansiedler.)

Dieses Schreiben wurde am 21. Januar 1896 dem damaligen Landeshauptmann Major Leutwein überreicht. Es war die Antwort auf die Darlegungen des Landeshauptmanns, die er in einer von ihm am Tage vorher einberufenen Versammlung über die allgemeine politische Lage des Schutzgebietes entwickelte. Die Versammlung verlief ziemlich stürmisch, da die Politik des Landeshauptmanns bei weitaus den meisten Teilnehmern nicht volle Zustimmung fand. Was aus der Eingabe geworden ist, hat keiner der Unterzeichner erfahren.

Bald darauf brach ein Hererоaufstand aus, der mit dem Gefecht bei Otjunda seine Beendigung und mit der Erschießung der aufrührerischen Kapitäne Nikodemus und Kahimemua seine Sühne fand. Der überlebende Teil des am Aufstand beteiligten Stammes der Khauas-Hottentotten wurde gefangen nach Windhuk gebracht und das Gebiet Staatseigentum. Unsere südwestafrikanischen Landsleute erlebten dann seit 1897 weiter: den Aufstand der Zwartboi-Hottentotten, den Aufstand der Feldschuhträger, die Witbooiunruhen, den Aufstand der Bondelzwarts, und jetzt stehen sie auch inmitten des allgemeinen furchtbaren Hererоaufstandes, dem sich die Wiedererhebung Hendrik Witbois mit ihren schweren Folgen angereiht hat.

„Und dies alles haben die weißen Ansiedler in ihrer Einsichtslosigkeit verbrochen?!" fragt ingrimmig jener Windhuker Bürger, dem wir die Kenntnis des vorstehenden hochinteressanten Schriftstückes verdanken! Nein! Die weißen Ansiedler haben das nicht verschuldet; ihre Eingabe aber bedeutet heute eine furchtbare Anklage gegen die wahren Schuldigen.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Dardanellenfrage

wird soeben von dem in Petersburg als juristische Autorität geltenden Professor Abramowitsch-Baranowsky beleuchtet. Er sagt nach dem „H. C.": Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß Rußland seine Schiffe aus dem Schwarzen Meer nur unter der Zustimmung Englands und der anderen Mächte, die die Konvention von 1856 unterzeichnet haben, herauszieben dürfte. Die Konvention vom 30. März 1856 stellt ihrem Text nach keinen Vertrag dar, dem zufolge einer für alle und alle für einen sich verpflichteten, die Schließung der Dardanellen und des Bosporus zu regeln. Alle einschlägigen Fragen — sind Privatsache zwischen der Türkei und Rußland und nur der Partikularentscheidung dieser beiden Mächte unterworfen. Die Entfernung der Schwarzmeerflotte könnte sich weit eher zu einer Gewähr für die Ruhe in Mazedonien ausgestalten, weil die Hauptanführer Mazedoniens die Bulgaren seien, die stets auf die Hilfe Rußlands rechneten, was übrigens sämtliche Agitatoren der Balkanhalbinsel täten.

Aus dem Hauptquartier der dritten japanischen Armee

wird dem Bureau Reuter vom 7. d. berichtet, daß am 2. dss. morgens die Russen den Japanern die Erlaubnis gegeben haben, ihre Toten und Verwundeten von der östlichen Fortkette aus dem Gefecht vom 28. November fortzuschaffen. Um dieselbe Erlaubnis kamen die Russen am 6. dss. ein, sie wurde ihnen bewilligt und am 7. dss. wieder zurückgenommen. In dem Gefecht am 30. November ist der zweite Sohn des Generals Nogi beim 203 Meter-Hügel gefallen, sein älterer Sohn war bei Nanshan gefallen, so daß Nogi jetzt kinderlos ist.

Die japanische Regierung

veröffentlicht, wie aus Tokio gemeldet wird, die Namen von den 36 Gefallenen und 58 verwundeten Offizieren mit dem Hinzufügen, sie nähme an, daß es sich um solche aus den Kämpfen vor Port Arthur handle.

Vom Belagerungsheer.

Der Korrespondent des „Reuterschen Bureaus" vor Port Arthur berichtet: In der Nacht vom 26. November gelang es den Japanern, Schützengräben dicht vor den beiden Erlungforts und dem Nord-Kikwanforts anzulegen, sie wurden aber am 27. November wieder zum Rückzuge gezwungen. Seit einem Monat fand bei den östlichen Forts kein wesentlicher Kampf statt, da die Japaner ihre Streitkräfte zur Einnahme des 203 Meter-Hügels konzentriert hatten.

Nach der Demolierung des russischen Geschwaders.

Nach einem amtlichen Telegramm aus Tokio hatte der Kommandeur der gelandeten Schiffsgeschütze vom 8. d. M. abends berichtet: Die „Pallada" fing Feuer und legte sich nach Backbord über mit dem Heck unter Wasser. Der „Giljak" wurde von 11 Schüssen getroffen. Um 11½ Uhr vormittags fing der „Bajan" an zu brennen, um 4¼ Uhr brannte er noch. Das Minenschiff „Amur" wurde von 14 Schüssen getroffen und ist mit dem Heck weggesunken. Viele Schüsse trafen das Warenlager und andere Gebäude in der Nähe von Paiiuschan und dem Arsenal. Nachdem nun die Flotte gänzlich beseitigt ist, wird, wie der „Voss. Zeitung" beschrieben wird, die letzte Anstrengung gemacht werden, die Festung zur Uebergabe zu nötigen, im Hinblick auf die Notwendigkeit, die japanische Flotte für eine Aktion gegen das baltische Geschwader verfügbar zu machen. Ein befriedigendes Ergebnis des bevorstehenden Sturmangriffs wird nicht bezweifelt. Das Schlimmste könnte der Rückzug Stössels nach dem Liaotischan-Fort auf einer uneinnehmbaren Anhöhe im Süden sein, von wo, wie gefürchtet wird, nichts ihn vertreiben könnte. Der englische Kriegskorrespondent Villier, der direkt von Port Arthur in Kanada angekommen ist, sagt vorher, die Japaner würden Neujahr im Besitz der Festung sein. Man nimmt an, Stössel wolle kapitulieren, aber seine Offiziere seien dagegen. Nach einer Depesche des „L.-A." aus Tokio hat die japanische Marineartillerie Befehl, zuerst auf die Kreuzer, und schließlich auf die Torpedobootszerstörer und Transportschiffe zu feuern.

Deutsches Reich.

Leipzig, 9. Dezember.

* **Mit edler Freigebigkeit** wendet sich Herr Kisek-Tamai, Chefredakteur der Monatsschrift „Ost-Asien", an das deutsche Publikum, das für eine Anzahl aus Sibirien ausgewiesener Japaner Geld, Kleidung, Wäsche, Winterhüte und ähnliche gute Sachen spenden soll. Da Japan für seinen Krieg Milliarden aufzubringen vermag — und wie uns eifrig versichert wird, mit Leichtigkeit —, so wird es ja wohl auch die paar tausend Mark für seine verirrten Landsleute geben können, ohne die Mildtätigkeit eines fremden Volkes in Anspruch zu nehmen, umsomehr da die Japaner selbst nicht eben viel von Gefühlspolitik halten. Daß der Abdruck eines solchen Aufrufes in Sachsen ohne ministerielle Genehmigung strafbar ist, sei nur nebenbei erwähnt.

Berlin, 9. Dezember.

* **Der Kaiser** empfing am Freitag vormittag 10 Uhr die Mitglieder der für Abessinien bestimmten außerordentlichen Gesandtschaft Geh. Legationsrat Dr. Rosen, Oberstabsarzt Dr. Wellbrecht, Legationssekretär Graf Viktor Eulenburg, Vizekonsul Schüler, Kommerzienrat Busch, Prof. Dr. Felix Rosen und Geh. expedierenden Sekretär Becker. Der Kaiser ließ sich die für den Negus Menelik, die Königin Taitu und mehrere abessinische Würdenträger bestimmten Geschenke vorführen.

* **Vom Bundesrat.** In der am 7. Dezember unter dem Vorsitz des Grafen Posadowsky abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde der Vorlage betr. Entwurf einer Arzneitaxe für das deutsche Reich und die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete Kamerun und Togo, des südwestafrikanischen Schutzgebietes, des Schutzgebietes Neuguinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau und Mariannen, sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1902, ferner der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kiautschau für das Rechnungsjahr 1903 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschußantrage auf Ueberweisung der Filztuch- und Filzklappenfabriken von der Bekleidungsindustrie-Berufsgenossenschaft zu den Textil-Berufsgenossenschaften wurde zugestimmt. Außerdem wurde über mehrere Eingänge Beschluß gefaßt.

* **Zum Rücktritt Hentigs.** Von den Reden, die bei der Abschiedsfeier zu Ehren des Gothaischen Staatsministers Dr. Hentig am 2. Dezember im Residenzschlosse in Coburg gehalten wurden, waren bisher nur die Worte des Regenten bekannt geworden. Jetzt erfährt man auch einiges über die Antwort des Ministers, die folgenden Wortlaut hatte:

Aus einer solchen Tätigkeit scheiden zu müssen, sei schwer. Es wäre sicher nicht geschehen, wenn es nicht zum besten des Landes und des Landesherrn notwendig geworden wäre. Der Regent habe diese Notwendigkeit nicht etwa kurzerhand, sondern auf Grund monatelanger sorgfältiger Prüfungen anerkannt. Nach mannigfachen Versuchen sei der Rücktritt das letzte Mittel gewesen, um nach allen Seiten jeden ferneren Zweifel auszuschließen, daß es sich in der Domänenangelegenheit um die buchstäbliche Nebensache für unser Land handle, deren Erledigung in unbestimmt späterer Zeit nach seiner Ueberzeugung mit dem Staatswohl nicht zu vereinbaren